

§ 175 des deutschen Strafgesetzbuches und die Urningsliebe.

Von Dr. jur. * * *.

Mit einem Nachwort von Professor Dr. Krafft-Ebing.

Einleitung.

Das in den letzten Jahren von Krafft-Ebing herausgegebene Werk *Psychopathia sexualis* hat zum ersten Mal in ganz eingehender Weise eine bis jetzt ziemlich unbeachtete Erscheinung erörtert und in das richtige Licht gestellt.

Wir meinen die konträre Sexualempfindung.

Bis jetzt ist von juristischer Seite der Gegenstand kaum berücksichtigt worden (eine Ausnahme macht Liszt in seinem Lehrbuch des Strafrechts S. 169 4. Aufl. 1891) und doch brauchen wir nicht hervorzuheben, welche Bedeutung derselbe im Hinblick auf § 175 St.G.B. auch für die Rechtswissenschaft hat.

Ehe wir aber die Frage beantworten können, ob die konträre Sexualempfindung bei Handlungen, die gegen § 175 St.G.B. verstoßen, als Strafausschließungsgrund in Betracht kommen kann, müssen wir feststellen, welchen Begriff das Gesetz mit dem Worte *widernatürliche Unzucht* verbindet; denn gerade die von Natur bestehende Liebe zum eigenen Geschlecht kann in ihrer Bethätigung die verschiedensten Formen unzüchtiger Handlungen annehmen, weshalb genau zu unterscheiden ist, welche *widernatürlichen Handlungen* unter das Gesetz fallen, welche nicht.

I. Begriff der widernatürlichen Unzucht im Sinne des § 175 des deutschen St.G.B.

Im eigentlichen Sinne des Wortes ist *widernatürliche Unzucht* jede nicht durch die Vereinigung der Geschlechtsorgane von Mann und Weib stattfindende Befriedigung des Geschlechtstriebes.

Eine solche ist einmal in den verschiedensten Arten möglich zwischen Mann und Weib, sodann am eigenen Körper, an leblosen Gegenständen, zwischen Weib und Weib, zwischen Mann und Mann, endlich zwischen Menschen und Tieren.

Nur letztere zwei Arten bedroht das deutsche Strafgesetzbuch mit Strafe.

Fällt nun aber jede widernatürliche Unzucht zwischen Männern (resp. zwischen Menschen und Tieren) unter § 175 oder ist der Begriff „widernatürliche Unzucht“ im engeren Sinne zu verstehen und in welchem?

Der betreffende Paragraph ist wörtlich aus dem preussischen Strafgesetzbuch entnommen.

Während letzteres nur die Unzucht zwischen Männern und diejenige zwischen Menschen und Tieren bedrohte, enthielt die Karolina noch eine Erweiterung, indem sie auch die widernatürliche Unzucht zwischen Frauen bestrafte (S. 116 der P.O. lautete: So Mann mit Mann, Weib mit Weib, Mensch mit Vieh Unkeuschheit treibet, die haben auch das Leben vermirket und man soll sie der gemeinen Gewohnheit nach mit dem Feuer vom Leben zum Tode richten).

Die Karolina verstand unter „Unkeuschheit treiben“ nicht alle möglichen unzüchtigen Handlungen. Erst der Gerichtsgebrauch hat in Anlehnung an das kanonische Recht sowohl alle Arten von Unzüchtigkeiten zwischen Personen gleichen Geschlechts als auch alle andern Fälle der widernatürlichen Unzucht überhaupt mit Strafe belegt.

-Vgl. Carpzow: *Practicae novae imperialis Saxonicae Rerum Criminalium Pars III Quaest. 76*, welcher der Meinung ist, daß die Karolina unter Unkeuschheit treiben nur den coitus contra naturae ordinem versteht, nicht andere Unzüchtigkeiten, quae etsi naturae refragetur, differt, qualis est fricatio vel manustupratio.

Ferner zu vergl. Böhmer: *Meditationes in Constitutionem Criminales*, welcher den von der Karolina hervorgehobenen Fall des Unkeuschtreibens zwischen Männern nur dann gegeben findet „si mas cum mare concumbit, quod stuprum in puerum Romani vocant“, d. h. wenn eigentliche Päderastie vorliegt.

Vgl. auch Entscheidungen des Preuß. Obertribunals III:

„Bekanntlich wurde schon Art. 116 der P.O. von den Lehrern

des gemeinen Rechts in der Regel nur auf die sog. *sodomia propria ratione sexus et generis* nicht aber auf die sog. *sodomia impropria* als *manustupratio*, *onania* ufm. bezogen, wenn gleich die letztern gemeiniglich mit willkürlichen und außerordentlichen Strafen belegt wurden.“

Heute sind nun weder Onanie, noch Leichenschändung, noch *Amor lesbicus* strafbar.

Daraus geht deutlich hervor, daß der Gesetzgeber die Absicht hatte, den Begriff der widernatürlichen Unzucht einzuschränken und der Ausdehnung des Begriffes durch die gemeinrechtliche Praxis keine Geltung zu verschaffen, daß er aber jedenfalls demselben keinen weiteren Umfang hat zuerkennen wollen, als er in der Karolina inne hatte. Daher fallen sicherlich alle bloß unzüchtigen Handlungen nicht unter § 175 St.G.B., sondern nur die eigentliche Päderastie.

Ferner aber ist aus dem Strafgesetzbuch selbst ersichtlich, daß in § 175 nicht alle möglichen unzüchtigen Handlungen gemeint sind. In verschiedenen Paragraphen ist die Rede von unzüchtigen Handlungen überhaupt. Wenn nun § 175 von bloßer widernatürlicher Unzucht spricht, so muß derselbe eine engere Bedeutung haben, denn es wäre doch ohne jeden Sinn hier unter widernatürlicher Unzucht Handlungen zu verstehen, die sonst einfach mit dem Ausdruck unzüchtige Handlungen bezeichnet werden. Einige Schriftsteller, wenn auch wenige nur, gehen so weit, den Begriff der widernatürlichen Unzucht in § 175 für gleichbedeutend mit unzüchtigen Handlungen zu halten. So wird in einer Revisionschrift (vgl. Wallmann, das preussische Strafgesetzbuch in der praktischen Anwendung Anm. zu § 143) vom Staatsanwalt ausgeführt, „daß das Gesetz nicht den Akt der widernatürlichen Unzucht spezialisirte und daß eine Unterscheidung weder im Gesetz noch in der Ratio zu finden sei, noch auch aus der geschichtlichen Entwicklung sich ergäbe.“ Ebenso Schütze (Lehrbuch S. 331). „Gemeinrechtlich bedeutet Sodomie einen Inbegriff von unzüchtigen Handlungen, welche Befriedigung der Geschlechtsfönnlichkeit auf naturwidrigem Wege zu erzielen suchen“ und fügt in Anm. 16 hinzu: „*sodomia ratione sexus* unter Männern, zu eng Päderastie genannt.“

Daß man sich auf die geschichtliche Entwicklung nicht berufen darf, um den heutigen Begriff der widernatürlichen Unzucht festzustellen, haben wir oben angezeigt.

(Dieser extremsten Ansicht sind noch Schwarze in Holkenborffs Handbuch S. 313 B. III; ebenso eine Entscheidung in der sächsischen Gerichtszeitung B. XX S. 21).

Wenn, wie heute fast allgemein anerkannt ist, der Gesetzgeber nicht überhaupt unzüchtige Handlungen zwischen Männern bestrafen wollte, so kann man unsrer Ansicht nach unter widernatürlicher Unzucht in § 175 nur eigentliche Päderastie, d. h. *introductio penis in anum* verstehen.

Dies gibt nun die herrschende Meinung inkonsequenter Weise nicht zu, vielmehr rechnet sie zur strafbaren widernatürlichen Unzucht außer Päderastie noch die sog. beischlafähnlichen Handlungen. Solche findet sie vorzugsweise, wenn eine *immissio seminis* in den lebenden Körper erfolgte (wie bei einem Samenerguß in den Mund) oder wenn durch Reiben des männlichen Gliedes am Körper eines andern die Befriedigung des Geschlechtstriebes stattfand.

Diese Meinung vertreten u. a. Hälschner, Berner, Meyer in ihren Lehrbüchern, zu vgl. ferner Gretener (in der Zeitschrift des Bernischen Justizvereins B. 22, VII S. 115), auch Oppenhof in seinem Kommentar zum Strafgesetzbuch bei § 175, ferner Entscheid. des Preuß. Oberger. B. 8 S. 356, B. 15, B. 17, B. 18. Entscheid. des Oberlandsg. München B. II S. 129. Württembergisches Gerichtsblatt B. XII S. 414.

Auch das Reichsgericht hat diese Ansicht angenommen vgl. B. I S. 196, B. II S. 248, B. IV S. 212, B. XX S. 225.

Auch in einem erst kürzlich (Februar 1891) ergangenen Urteil hat das Reichsgericht die Einführung des Penis in den Mund eines andern für strafbar erklärt, obwohl in erster Instanz Freisprechung erfolgt war, da die Handlung nicht unter § 175 fiel.

Zunächst erscheint es unzutreffend einen Unterschied zwischen gegenseitiger Onanie und andern unzüchtigen Handlungen (ausgenommen Päderastie) machen zu wollen.

Man gibt zu: Weder einseitige noch gegenseitige Onanie sei ein Analagon des Beischlafs; dagegen soll von einem solchen dann die Rede sein, wenn die Geschlechtsbefriedigung durch Reibung des Gliedes am Körper eines andern oder durch *immissio seminis* in den Körper eines andern erfolgt. Dies finden wir durchaus unrichtig und unlogisch.

Auch bei der gegenseitigen Onanie wird die Geschlechtsbefriedigung durch Reiben des Gliedes am Körper eines andern erreicht;

die Berührung durch die Hand eines andern ist gewiß Reiben am Körper des andern.

Ferner wenn man die Onanie mit Hilfe fremder Hand für gleichbedeutend mit einfacher Onanie hält, warum die durch fremden Mund verübte als beischlafähnliche Handlung im Gegensatz zur Onanie auffassen?

Mag man nun auch unter die onanistischen Handlungen einige als beischlafähnliche im Gegensatz zu den übrigen bezeichnen, für päderastische können sie sicher nicht gelten.

Selbst aber wenn diese sogenannten beischlafähnlichen Handlungen zu den päderastischen, nicht zu den onanistischen zu rechnen wären (was wie gesagt nicht im Ernst behauptet werden kann), so wäre doch die Subsumierung derselben unter die nach § 175 strafbare widernatürliche Unzucht unzulässig.

Die Anhänger der obengenannten Ansicht stellen allerdings gar nicht die Behauptung auf, daß die sogenannten beischlafähnlichen Handlungen päderastie-ähnliche seien und können überhaupt gar keine Gründe für ihre Meinung anführen. Sie sagen, es bestände eine Praxis, welche für den Thatbestand des § 175 eine beischlafähnliche Handlung als genügend erachte; ob aber diese Praxis gerechtfertigt sei, darum handelt es sich und dies ist nicht bewiesen.

Auch für diese Auslegung darf man sich nicht auf die geschichtliche Entwicklung berufen. Die gemeinrechtliche Praxis unterschied zwischen Päderastie und andern Unzüchtigkeiten, nicht zwischen beischlafähnlichen und andern unzüchtigen Handlungen. Giebt man also zu, daß heute der Begriff der widernatürlichen Unzucht einzuschränken sei, und nimmt man an (wie es anders nicht möglich ist), daß der Gesetzgeber den durch gemeinrechtliche Praxis ausgebildeten weiten Begriff der strafbaren widernatürlichen Unzucht nicht rezipiert hat, so kann man heute nur die eigentliche Päderastie als strafbare widernatürliche Unzucht zwischen Männern betrachten.

Ein weiteres für unsere Ansicht maßgebendes Argument ist in dem Wegfall der Strafbarkeit der widernatürlichen Unzucht zwischen Frauen zu finden. Die auch gegen Weiber gerichtete Strafbestimmung der Karolina hätte Veranlassung dazu geben können, unter dem Ausdruck unkeusches Treiben überhaupt Unzüchtigkeiten zu verstehen. Denn gerade zwischen Weibern läßt sich ein Analogon des Beischlafs wie zwischen den Männern die Päderastie

nicht denken. Trotzdem will die Karolina nicht jede unzüchtige Handlung zwischen Weibern bestrafen, sondern nur eine der Päderastie gleichzustellende Handlung.

(Vgl. Böhmcr: l. cit. *Multo minus sola fricatio mulierum inter se huc pertinet, quae tantum obscenam imperitatem sapit. Nihil ergo superest, quam ut formam concubitus, per arma artificialia suscepti, cui demum appellatio monstrosae veneris respondet, huc trahamus*).

Das heutige deutsche Gesetz enthält keine Strafandrohung gegen die widernatürliche Unzucht zwischen Frauen, weil es richtig einfieht, daß alle zwischen Frauen vorkommenden Unzüchtigkeiten bloß als onanistische zu betrachten sind, daß ein Analogon der Päderastie, als eines wirklichen Beischlafes zwischen Personen gleichen Geschlechts regelmäßig zwischen Weibern unmöglich ist.

Allerdings kann eine Art concubitus zwischen Weibern bei einer anomalen Gestaltung der Klitoris vorkommen (vgl. Krafft-Ebing S. 126 6. Aufl.), jedoch solche nur selten mögliche und ihm wohl unbekannte Fälle hat der Gesetzgeber unberücksichtigt gelassen.

Wegen dieser regelmäßigen Unmöglichkeit eines wirklich beischlafähnlichen mit der Päderastie gleichzustellenden Aktes zwischen Frauen läßt der Gesetzgeber die Strafe gegen widernatürliche Unzucht zwischen Frauen entfallen. Dadurch gibt er aber deutlich zu erkennen, daß bei Männern nur eigentliche Päderastie strafbar sei. Wie wäre sonst die Strafbarkeit der widernatürlichen Unzucht bloß zwischen Männern zu erklären? Sind zwischen Männern andre Unzüchtigkeiten als Päderastie strafbar, warum sollen dann die Weiber strafflos bleiben, wenn sie solche Handlungen begehen? Warum ist dann z. B. die *introductio linguae* der einen Frau in den Geschlechtsteil der andern oder das Reiben des Geschlechtsteiles der einen am Körper der andern von Strafe frei?

Warum sollten dieselben Handlungen, wenn sie von Männern untereinander verübt strafbar, wenn von Frauen untereinander begangen strafflos sein?

Wären diese Handlungen zwischen Männern begangen unter § 175 zu subsumieren, dann wären die Frauen in ganz singulärer Weise privilegiert und zwar ohne daß irgend welcher stichhaltiger Grund sich anführen ließe.

Anderseits sind sogar päderastische Handlungen, d. h. intro-

ductio penis in anum feminae zwischen Mann und Frau begangen straflos, und dagegen sollten bloß onanistische zwischen Männern strafbar sein? Wenn der Gesetzgeber erstere nicht bestraft wissen will, so ist es unmöglich seine Absicht, letztere zu den in § 175 mit Strafe bedrohten Handlungen zu zählen.

Endlich ergibt sich die Beschränkung des Begriffs „widernatürliche Unzucht“ auf eigentliche Päderastie mit Notwendigkeit aus den Gründen, weswegen der Gesetzgeber die Strafbestimmung aufgestellt hat. Es wird die widernatürliche Unzucht bestraft, weil der Thäter durch solch eine Handlung eine besonders große Entartung und Entfittlichung bekunde und weil das Volksbewußtsein solche Handlungen als Verbrechen empfinde.

Nun mögen ja die verschiedensten Formen naturwidriger Geschlechtsbefriedigung höchst anstößig und unzüchtig erscheinen, so bleibt es doch wahr, daß die eigentliche Päderastie am meisten das Sittlichkeitsgefühl verletzt, daß gerade gegen sie die öffentliche Meinung am meisten Abscheu und Verachtung zeigt. Der Gesetzgeber hat daher sicherlich nur die am meisten als Laster und Verbrechen dem Volksbewußtsein erscheinende Handlung, nämlich die Päderastie, d. h. die introductio penis in anum unter widernatürlicher Unzucht verstehen wollen.

II. Die Urninge und § 175 St.G.B.

Wie sind nun Handlungen, die an sich unter § 175 St.G.B. fallen, zu beurteilen, falls sie von Männern, die mit konträrer Sexualempfindung behaftet sind, begangen werden?

§ 1.

Zunächst müssen wir aber vor Untersuchung dieser Frage für solche Leser, die nicht mit dem Krafft-Ebing'schen Werk bekannt sind, das sogenannte Urningtum, d. h. die mannsmännliche Liebe kurz skizzieren.

Die mannsmännliche Liebe kommt in den verschiedensten Formen vor. Bei manchen Individuen paart sie sich mit gleichzeitigem Gang zum weiblichen Geschlecht, der meist nur schwach hervortritt und viel weniger intensiv sich geltend macht als der Trieb zum Manne.

Bei andern ist ausschließlich die Liebe zum Manne vorhanden bei vollständiger Gleichgültigkeit gegen das andre Geschlecht, so daß

entweder jeder geschlechtliche Verkehr unmöglich ist oder aber, wenn er möglich ist, dem sich zum Geschlechtsakte zwingenden Individuum nur als wollustloser ekelhafter Akt erscheint. Man kann ferner unterscheiden angeborene und erworbene konträre Sexualempfindung. Auch letztere ist ebenso zu betrachten wie erstere und ist das Triebleben des erst allmählich zum Urning gewordenen Individuums auf gleiche Stufe zu stellen mit demjenigen des geborenen Urnings.

Alle diese verschiedenen Formen haben das gemeinsam, daß der Jüngling nicht für das Weib schwärmt, sondern für den jungen Mann; ihn liebt er, mit ihm verlangt er zu leben und gäbe es eine Ehe zwischen Männern, so wäre er bereit das Leben mit dem Geliebten zuzubringen. Alle Stimmungen und Gefühle, die der normale Jüngling dem Weib gegenüber empfindet, empfindet der Urning für den Mann. Dem Jüngling sucht er zu gefallen, nur in seiner Gesellschaft findet er Freude und Zufriedenheit.

Die Liebe der meisten Urninge ist dadurch ausgezeichnet, daß sie sowohl in rein sinnlicher als auch in geistiger Beziehung äußerst stark ist. Schon früh, oft schon im 4. oder 5. Jahr erwacht die Neigung zum eigenen Geschlecht, später wird sein ganzes Denken und Fühlen nur von seiner Liebe zum Manne beherrscht; immer und überall drängen sich Gedanken von sinnlichem Umgang mit Jünglingen auf.

Wenn nun der Jüngling meist anormal bedürftig ist nach geschlechtlichem Verkehr und falls er die seiner Anomalie entsprechende Befriedigung entbehren muß, leicht in Nervenkrankheit verfällt oder aber durch eigenhändige, übermäßige Onanie in Siechtum gerät, so liebt er meist nicht nur in sinnlicher, sondern auch in idealer Weise.

Meist genügt ihm nicht die sinnliche Lust; er sehnt sich nach Übereinstimmung mit dem Geliebten in Denken und Fühlen, nach stetem Zusammensein und Zusammenleben mit ihm.

Die mit diesem Zustand behafteten sind dabei sehr oft edle, geistig begabte Naturen, oft besonders befähigt für Poesie und Kunst, von schwärmerischem aber feinfühligem Gemüte. Außer ihrer Anomalie sind ihre geistigen und moralischen Eigenschaften eher besser als schlechter wie beim normalen Menschen.

Soll nun diesen Individuen gegenüber § 175 St.G.B. Anwendung finden?

§ 2.

Zunächst ist zu bemerken, daß nur die wenigsten Urninge Päderastie treiben, meist genügt ihnen einfach Umarmung und Küsse, gegenseitige Onanie, Nachahmung des Koitus zwischen den Schenkeln, auch bei einigen Onanie mit dem Mund.

Nach unserer Auslegung des § 175 würden nur in den wenigsten Fällen, wo Urninge zur Päderastie Neigung zeigen und solche Handlungen begehen (was wie gesagt meist von dem Urning verabscheut wird) die folgenden Betrachtungen Platz greifen:

Wenn wir aber bedenken, daß thatsächlich die Gerichte und namentlich das Reichsgericht den Begriff der widernatürlichen Unzucht auch auf andere Unzüchtigkeiten als Päderastie ausdehnen, so wird unsere Erörterung erst recht praktische Bedeutung haben.

§ 3.

Die erste Frage, die sich uns bei Beurteilung des Urnings aufdrängt, ist die Frage der Zurechnungsfähigkeit.

Krafft-Ebing bezeichnet die konträre Sexualempfindung als funktionelles Degenerationszeichen, als Teilerscheinung eines neurophysiischen, meist hereditär bedingten Zustandes.

Daß die Anomalie einen krankhaften Zustand des Geistes, wenn auch nur in Bezug auf das Empfindungsleben darstellt, ist unbestritten, obwohl die Urninge selber von ihrem Standpunkte aus nicht als krankhafte Naturen gelten wollen. Sämtliche Psychiatriker erklären die konträre Sexualempfindung für eine Erkrankung des Seelenlebens.

Inwieweit begründet nun dieser krankhafte Zustand die Anwendung des § 51 St.G.B. bei Begehung unzüchtiger Handlungen?

§ 51 verlangt eine krankhafte Störung der Geistesthätigkeit. Daß hierunter nicht bloß vollständige Störung der Intelligenz, Wahnvorstellungen oder Blödsinn zu verstehen sind, ist heute allgemein anerkannt.

Auch Anomalieen des Empfindungs- oder Trieblebens sind als Störung der Geistesthätigkeit im Sinne des § 51 aufzufassen. (Vgl. Liszt: Lehrbuch des Strafrechts, 1891 S. 169, welcher auch die konträre Sexualempfindung als einen bei Begehung unzüchtiger Handlungen zu berücksichtigenden Umstand anerkennt.) § 51 erfordert nun eine solche geistige Störung, durch welche die freie

Willensbestimmung ausgeschlossen wird. Unter freier Willensbestimmung kann unserer Ansicht nach nichts anderes als die „normale Bestimmbarkeit durch Motive“ (Liszt) verstanden werden, ganz gleichgültig, ob man in metaphysischer Hinsicht Willensfreiheit oder Unfreiheit annimmt. (Vgl. Liszt oben citiert S. 160 ff. und seine klare Auseinandersetzung über die Zurechnungsfähigkeit.) Dadurch daß eine geistige Störung (im oben angegebenen weiteren Sinne) vorhanden ist, wird nicht schon diese normale Bestimmbarkeit unmöglich sein. Allerdings jede psychische Anomalie beeinträchtigt bei Handlungen, die Ausfluß dieser Anomalie sind, die Motivation; der Thäter befindet sich in einer vom geistig gesunden Menschen verschiedenen Lage, welche ihm auch andere Motive als dem normalen Menschen zu seinem Handeln giebt. Jedoch darf man in solchen Fällen nicht von abnormer Motivation als gleichbedeutend mit Ausschluß der freien Willensbestimmung im Sinne des Gesetzes sprechen.

Ganz richtig sagt Liszt (S. 162) es seien innerhalb der Zurechnungsfähigkeit unendlich viele Abstufungen möglich, wie innerhalb der körperlichen Gesundheit. Er unterscheidet ein Durchschnittsmaß, eine unter- und überdurchschnittliche Zurechnungsfähigkeit, so daß diese bis zum Mindestmaß herabreichenden Abstufungen doch noch als normale Bestimmbarkeit durch Motive zu betrachten seien.

Man könnte allerdings sagen, daß bei dieser Unterscheidung eine feste Begriffsbestimmung der Zurechnungsfähigkeit ganz unmöglich sei. Wir wollen das auch gar nicht läugnen. Die Grenzen zwischen Zurechnungs- und Unzurechnungsfähigkeit sind eben durchaus flüssige.

Wenn auch sehr oft nur im konkreten Falle entschieden werden kann, ob die Bestimmbarkeit durch Motive als normale aufgefaßt werden kann, so lassen sich doch für die verschiedenen Arten von krankhaften Zuständen allgemeine Grundsätze aufstellen.

So können wir gewiß die Zurechnungsfähigkeit der Urninge als eine unterdurchschnittliche bezeichnen, soweit die Begehung von Handlungen, die ihren Grund in der sexuellen Anomalie haben, in Betracht kommt.

Daß der Urning von der Vornahme der seiner Natur entsprechenden unzüchtigen Handlungen sich enthalten kann, sehen wir an Beispielen von besonders willensstarken Individuen; sie können

zwar nichts für ihr Fühlen, aber zur Bethätigung ihres Triebes werden sie nicht in dem Sinne genötigt, daß jedes den gewöhnlichen Mann von ähnlichen Handlungen abhaltende Motiv ihn nicht bestimmen könnte. Auch der Urning besitzt die Selbstbeherrschung; er weiß genau, daß er womöglich der Strafe verfällt, wenn er gewisse unzuchtige Handlungen begeht. Auch bei ihm können die Scheu vor dem Gesetz, die Furcht der Entdeckung ihre abhaltende Wirkung auf ihn ausüben.

Trotzdem ist die Zurechnungsfähigkeit der Urninge für ihre geschlechtlichen Akte eine meist an der Mindestgrenze sich bewegende.

Denn in wie ganz anderem Lichte erscheinen nicht dem Urning die von ihm begangenen unzuchtigen Handlungen. Die wichtigsten Motive, welche auf den normalen Menschen einwirken können, haben keine Aussicht ihn zu bestimmen. So fehlen ihm ganz die moralischen Gefühle, auf welche der Gesetzgeber bei andern Menschen zur Enthaltung von päderastischen Handlungen zählt. Zwar weiß der Urning, daß seine Handlungen als unmoralische gelten; seine Natur macht es ihm aber unmöglich, sie als solche zu empfinden. Dazu kommt noch, daß der Trieb beim Urning meist ein sehr mächtiger, ja oft ein krankhaft gesteigerter ist, daß also zu dieser Unmöglichkeit den Trieb als einen widernatürlichen zu empfinden, noch ein gewaltiges Hindrängen zu solchen ihm natürlich erscheinenden und wohlthuend empfundenen Handlungen hinzutritt; daher treiben ihn zu solchen Handlungen so gewaltige Motive, daß alle übrigen dieselben zu überwinden nur selten imstande sind.

Wenn wir nun auch von einer Unzurechnungsfähigkeit im Sinne des Gesetzes als einer die freie Willensbestimmung ausschließenden nicht sprechen können, müssen wir doch eine an die Mindestgrenze herabreichende verminderte Zurechnungsfähigkeit annehmen. Eine verminderte Zurechnungsfähigkeit der Urninge kann aber unserer Ansicht nach nur hinsichtlich der von ihnen begangenen Handlungen anerkannt werden, die unter § 175 fallen. Wenn z. B. ein Urning öffentlich unzuchtige Handlungen vornimmt oder mit Knaben unter 14 Jahren begeht, so kann er nicht lediglich wegen seiner konträren Sexualempfindung für in vermindertem Maße zurechnungsfähig gelten. (Natürlich sprechen wir nicht von solchen Fällen, wo ein Urning zugleich mit Schwachsinn oder andern geistigen Defekten behaftet ist, oder wo ein Urning zugleich

sog. Exhibitionnist ist, d. h. den Drang hat, öffentlich seine Geschlechtsteile zu entblößen.)

Begeht der Urning die oben erwähnten Delikte, so ist er ebenso zu beurteilen wie der normale Mensch; denn die erschwerenden Momente der Öffentlichkeit, des Kindesalters werden nicht durch die konträre Sexualempfindung entschuldigt; bei solchen Delikten ist es im allgemeinen gleichgültig, ob die Handlungen mit Personen gleichen oder verschiedenen Geschlechts vorgenommen werden. Wenn nun auch der Urning hinsichtlich solcher Handlungen denselben Motiven wie der normale Mensch zugänglich ist, so sprechen meistens auch in solchen Fällen für ihn eher Entschuldigungsgründe als für den normalen Menschen. Denn es ist zu bedenken, daß sein sexuelles Bedürfnis meist ein abnorm starkes ist, daß er eher zu unzüchtigen Handlungen gedrängt wird und daß daher bei einer sich ihm anbietenden Gelegenheit zur Befriedigung seines meistens unterdrückten Triebes er leicht dahin gerät, sich zu einer verbrecherischen unzüchtigen Handlung hinreißen zu lassen.

Noch viel weniger als bei Begehung von Sittlichkeitsdelikten überhaupt (abgesehen von den unter § 175 fallenden) darf man jemand bei Vornahme irgend eines sonstigen Vergehens oder Verbrechens für weniger verantwortlich halten, weil er Urning ist.

Bei Begehung von Delikten (abgesehen von Päderastie) ist der Urning in derselben Lage, wie der gewöhnliche Mensch. Ebensovienig wie letzterer, wenn er, sei es aus Leidenschaft oder Furcht vor Entdeckung irgend eines Geheimnisses ein Verbrechen verübt, als unverantwortlich gelten darf, ebensowenig kann man die Zurechnungsfähigkeit des Urnings in Zweifel ziehen, wenn er aus Liebe oder Furcht seine Anomalie entdeckt zu sehen, eine strafbare Handlung begeht.

Daher scheint das erste Gutachten über die Verantwortlichkeit der Gräfin Sandor (in Friedreichs Blätter für gerichtliche Medizin, Heft I 1891), welches lediglich wegen der konträren Sexualempfindung die Gräfin für unzurechnungsfähig erklärt, nicht gerechtfertigt; dagegen das zweite Gutachten richtiger, welches die konträre Sexualempfindung der Gräfin nur als ein Symptom ihrer geistigen Defekte überhaupt hervorhebt, sie aber deshalb für unzurechnungsfähig hält, weil die Gräfin neben der konträren Sexualempfindung an Blödsinn leide, was jedoch durchaus nicht bei allen Urningen der Fall ist, da dieselben abgesehen von ihrem anormalen Geschlechtsleben die klügsten Menschen sein können.

§ 4.

Nach dem Gesichtspunkt der Zurechnungsfähigkeit beurteilt würden die unter § 175 fallenden unzüchtigen Handlungen der Urninge, wenn sie auch nicht straflos blieben, so doch mit weniger geringeren Strafen belegt werden dürfen als die vom normalen Menschen begangene Päderastie.

Jedoch ist hiermit die Frage nach der Strafbarkeit der Urning nicht abgethan.

Zunächst müssen wir noch einmal darauf hinweisen, daß man den Begriff der widernatürlichen Unzucht nur auf eigentliche Päderastie beschränken darf; allerdings wird dann nur selten ein Urning der Strafe verfallen (weil er, wie schon hervorgehoben, meistens Päderastie verabscheut); jedoch würden dann unsere Ausführungen immerhin für die wenigen Urninge, die zur Päderastie Neigung haben, zutreffend sein.

Wir behaupten nur, daß die widernatürliche Unzucht von Urningen begangen, wenn man auch für sie eine Unzurechnungsfähigkeit im Sinne des Gesetzes nicht annehmen kann, dennoch straflos sein sollte und zwar aus folgenden Erwägungen:

1. Die Strafandrohung gegen die widernatürliche Unzucht wurde aufgestellt, nicht weil dieselbe Rechte anderer verletzt, auch nicht deshalb weil durch deren Umsichgreifen ein der Fortpflanzung höchst schädlicher Erbsatz des normalen Verkehrs mit dem Weibe entstehen könnte, weil die Zeugung abnehmen und aus dieser Abnahme Gefahr für den Staat entspringen könnte.

Wäre letztere Befürchtung der Grund zur Strafbestimmung, dann müßte man ebenso Onanie und Anwendung von Mitteln zur Zeugungsverhinderung bestrafen.

In § 175 wendet sich der Gesetzgeber lediglich gegen die eigene Unfittlichkeit des Thäters; es kommt lediglich das Verhältnis des Einzelnen gegen sich selbst in Betracht, es will der Staat lediglich „das sittliche Wesen des Menschen gegen seine eigene Unfittlichkeit schützen“ (Hälschner: Lehrbuch des Strafrechts S. 239).

Es werde gestraft, sagt John (Entwurf zum Strafgesetzbuch S. 400) weil „der Mensch sich wie ein Vieh beträgt“, weil, wie es in einer Entscheidung des Preuß. Ob.-Trib. (VIII, S. 356) heißt, solche Handlungen eine große Entartung und Herabwürdigung des Menschen bekunden.

Die Päderastie wird aber deshalb als Laster betrachtet, weil

der Mensch durch solche Handlungen seinen natürlichen Geschlechtstrieb in perverter Art befriedigt, weil er gegen die ihm von der Natur eingepflanzten Gesetze der Befriedigung verstößt, weil er den ihm angeborenen Trieb zum geschlechtlichen Verkehr mit dem Weibe anders, als es seine Natur fordert, durch perverse Handlungen bethätigt.

Daß nun der Staat ausnahmsweise dies Laster um des Lasters willen bestraft, hat darin seinen Grund, weil, wie die Motive sagen, das Volksbewußtsein die Päderastie nicht nur als Laster, sondern als Verbrechen empfindet und der Staat diesem Bewußtsein Rechnung tragen will.

Aus diesen Gesichtspunkten allein wird die widernatürliche Unzucht bestraft; dieselben können aber bei der von den Urningen begangenen Unzucht nicht Platz greifen, denn die Gründe, weßwegen der Gesetzgeber gestraft wissen will, sind nicht vorhanden.

Die widernatürliche Unzucht ist für den Urning keine gegen den ihm angeborenen Trieb verstößende Handlung, sondern die seiner Natur entsprechende Geschlechtsbefriedigung. Die Handlungen des Urnings entspringen weder aus der Rohheit der Empfindung, noch der Verkommenheit des Charakters oder der Gemeinheit der Gesinnung, sie sind nicht Ausfluß eines Lasters, sondern eines anormalen geschlechtlichen Fühlens.

Sind nun aber die unzüchtigen Akte des Urnings keine Laster, so kann das Rechtsgefühl des Volkes durch sie auch nicht verletzt werden, so können sie auch nicht als Verbrechen vom Volksbewußtsein empfunden werden.

Dieses hat ebenfalls zur Voraussetzung, daß die widernatürliche Unzucht im konkreten Fall ein Laster sei, was bei der vom Urning begangenen nicht zutrifft.

Wenn nun auch das Volk unbekannt mit der Natur und überhaupt dem Vorhandensein der Urningsliebe dieselbe mit der gewöhnlichen Päderastie zusammenwirft und ebenso wie diese für ein Laster hält, so kann solch' eine falsche Auffassung gegenüber einem aufgeklärten Rechtsbewußtsein nicht maßgebend sein, so würde eben das Rechts- und Sittlichkeitsgefühl des Volkes auf unrichtigen Voraussetzungen hinsichtlich der Beurteilung der Urningsliebe beruhen und dürfte dieser Irrtum auch nicht berücksichtigt werden.

So sehen wir, daß jedenfalls die Gründe, weßwegen über-

haupt § 175 aufgestellt ist, bei den als Ausfluß der konträren Sexualempfindung sich ergebenden, unzüchtigen Handlungen ganz wegfallen.

2. Auch von einem andern Gesichtspunkte aus betrachtet, widerspricht die Bestrafung der Urninge der Billigkeit und der Gerechtigkeit.

Kraft-Ebing hat überzeugend dargethan, in welcher Zwangslage sich der Urning befindet.

Wenn nun auch die Zwangslage der Urninge nicht als Notstand im Sinne des Gesetzes betrachtet werden kann, so befinden sie sich jedenfalls in einer peinlichen Lage.

Einerseits sollen sie das Gesetz befolgen, welches die wider-natürliche Unzucht verbietet, andrerseits müssen sie bei Befolgung des Gesetzes die Befriedigung des Geschlechtstriebes opfern.

Der Geschlechtstrieb ist sicherlich ein Hauptfaktor im Leben des Menschen. Er beeinflusst in mancher Hinsicht das Handeln des Menschen, überall in der Gesellschaft ist seine Rolle eine bedeutende. Auch der Staat erkennt seine Wichtigkeit an und gibt dem Einzelnen in der Ehe die Möglichkeit in einer für den Einzelnen wie für die Gesellschaft nützlichen, wohlgeordneten und sittlichen Weise sich zu bethätigen.

Man darf auch nicht sagen, daß wenn auch der Staat selber den Geschlechtstrieb als ein Gut des Einzelnen anerkennt, er doch in vielen Fällen gerade die Unterdrückung des Geschlechtstriebes beim normalen Menschen fordere. Dies ist stets nur eine Unterdrückung einzelner Gelüste und Begierden, nicht Unterdrückung des Triebes überhaupt.

Für den normalen Menschen ist es stets möglich seinen Trieb zu befriedigen, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen, so daß nicht von Kollision zwischen Unterdrückung des Triebes und Überschreitung des Gesetzes die Rede sein kann.

Der normale Mann kann nicht nur in der Ehe, sondern auch in der unehelichen Geschlechtsgemeinschaft seine Befriedigung finden. Kein Gesetz verbietet ihm seinem Trieb freien Lauf zu lassen. Zwar gestattet Religion und Moral nur die eheliche Befriedigung, aber wie wenig dieses Gebot in Wirklichkeit befolgt wird, brauchen wir nicht hervorzuheben. Gesetzlich aber jede außereheliche Bethätigung des Geschlechtstriebes zu untersagen, daran denkt heute niemand.

Von dem Urning wird nun nicht nur eine Beschränkung des Triebes, sondern eine vollständige Unterdrückung desselben verlangt, obwohl bei ihm sein Trieb in abnormer krankhafter Weise gesteigert ist, obwohl erzwungene Abstinenz bei ihm Krankheit und Siechtum zur Folge haben kann, obwohl manchmal die Nichtbefriedigung seines Triebes den Urning zum Selbstmord treibt.

Um so bitterer wird man die Bestrafung des Urnings als Härte empfinden, wenn man das Gut betrachtet, welches der Urning verletzen muß, falls er nicht der Geschlechtsbefriedigung entsagen will.

Der Urning verletzt eigentlich gar kein Rechtsgut, vielmehr lediglich eine für ihn verständnislose Norm, ein durchaus formales Gesetz und um diese nicht zu übertreten, wird gefordert, daß er die für ihn unentbehrliche Bethätigung seines Triebes, daß er der seiner Natur entsprechenden, ihn beglückenden Liebe entsage.

§ 5.

1. Diese von uns angeführten Gründe sind nun aber allerdings keine Strafausschließungsgründe im Sinne des Gesetzes. Es müßte also, falls man einen Urning für die Begehung einer unter § 175 fallenden Handlung nicht strafen will, entweder eine besondere Ausnahmebestimmung für den Urning getroffen oder aber überhaupt der § 175 aufgehoben werden.

Mit einer Ausnahmebestimmung, welche für den Urning Straßlosigkeit statuieren würde, wäre nicht viel geholfen. Immerhin bliebe der Urning der strafgerichtlichen Verfolgung ausgesetzt. Denn von vornherein zu unterscheiden, ob die begangene widernatürliche Unzucht Ausfluß von konträrer Sexualempfindung ist oder nicht, wäre gar nicht möglich, nur eine eingehende ärztliche Untersuchung der ganzen psychischen Eigenart des Thäters vermag das Richtige anzugeben.

Wird aber ein gerichtliches Verfahren gegen einen Urning wegen widernatürlicher Unzucht eingeleitet, so bildet dasselbe meist schon die Hauptstrafe; mag der Beschuldigte auch später wegen konträrer Sexualempfindung freigesprochen werden, so ist solch ein Mann, gegen den eine Untersuchung wegen widernatürlicher Unzucht geführt wurde, sozial vernichtet, so ist der Verlust an Ehre und Ansehen des Mannes durch nachherige Freisprechung nicht wieder gut zu machen.

2. Das allein Richtige ist vielmehr den ganzen § 175 aufzuheben. Der Umstand, daß die widernatürliche Unzucht oft ein Laster ist, sollte nicht maßgebend sein, in vielen Fällen das Unglück über unschuldige, mit einer Anomalie des Sexuallebens behaftete Menschen zu bringen, der Schaden wäre wirklich nicht sehr groß, wenn die widernatürliche Unzucht überhaupt straflos bliebe.

Wir wollen ganz von den Gründen schweigen, welche schon im 18. Jahrhundert für die Straflosigkeit der Päderastie angeführt wurden, daß es nicht Sache des Staats, sondern Sache der Moral sei die eigene Unsitlichkeit, die keine fremden Rechte verletzt, zu bestrafen.

Wir wollen auch nicht den schon früher von uns berührten Gesichtspunkt ins Feld führen (den auch das medizinische Gutachten beim Entwurf des Strafgesetzbuchs für die Straflosigkeit der Päderastie geltend machte); nämlich daß nicht einzusehen sei, warum gerade Päderastie mit Strafe bedroht sei, während widernatürliche Unzucht am eignen Körper, an Leichen oder zwischen Personen verschiedenen Geschlechts nicht verboten sei.

Alle diese Gründe sind bei Abfassung des Strafgesetzbuchs schon in Erwägung gezogen, aber nicht berücksichtigt worden. Mit der Kenntnis von dem Wesen des Urningtums haben wir aber ganz neue und triftige Gründe für die Aufhebung des § 175 St.G.B. gewonnen.

Trotzdem erst ganz kürzlich das Wesen der Sexualempfindung bekannt geworden ist, hat das französische Strafgesetzbuch aus andern Gründen schon längst keine Strafbestimmung gegen Päderastie aufgestellt.

Es würde auch für Deutschland vollkommen genügen, wenn die Päderastie nur dann strafbar wäre, wenn sie öffentlich begangen worden wäre oder mit Knaben unter 14 Jahren. Ferner könnte man allerdings eine neue Strafbestimmung hinzufügen, gegen diejenigen, welche mit Gewalt oder Drohung unzüchtige Handlungen an Personen männlichen Geschlechts über 14 Jahren vornehmen, da ein derartiger Paragraph im Strafgesetzbuch fehlt. Dagegen sollte unbedingt § 175 aus dem Strafgesetzbuch verschwinden, jetzt wo die Wissenschaft gezeigt hat, aus welchen Quellen die widernatürliche Unzucht fließen kann, und vielleicht wird auch bei der nächsten Revision des Strafgesetzbuchs der betreffende Paragraph gestrichen werden.

§ 6.

Zum Schluß wollen wir noch die Stellung einiger ausländischen Gesetzgebungen zur Strafbarkeit der widernatürlichen Unzucht betrachten.

Wie schon erwähnt, ist in Frankreich die widernatürliche Unzucht als solche straflos, doch wird sie geahndet sowie ein Dritter gegenwärtig ist, sollte der Dritte zugleich Mitthäter sein, indem solche Handlung als „outrage public à la pudeur“ aufgefaßt wird.

Nach dem bestehenden Gesetze scheint uns auch in solchem Falle eine Bestrafung ungerechtfertigt und wenn die Gerichte unter solchen Umständen strafen, lediglich um die widernatürliche Unzucht vor das Forum ziehen zu können, so ist dies unrichtig, da der Gesetzgeber sie straflos lassen wollte. Sicherlich geben aber die französischen Gerichte dem „outrage public à la pudeur“ die oben erwähnte Auslegung, weil sie gewisse Handlungen als solche, wenn es nur irgendwie geht, bestrafen wollen, denn die Interpretation des Art. 330 code pénal in dem von den Gerichten angenommenen Sinne ist dem Wortlaut des Gesetzes durchaus widersprechend.

Am richtigsten hat das italienische Strafgesetzbuch vom 30. Juni 1889 die Frage behandelt.

Die widernatürliche Unzucht, welcher Art es auch sei, ist ebenso wie in Frankreich straflos, kann aber nur dann geahndet werden, wenn sie das Schamgefühl verletzt und an einem öffentlichen oder dem Publikum zugänglichen Ort begangen wird (Art. 338); ferner enthält auch ganz richtigerweise das Strafgesetzbuch eine Strafbestimmung gegen denjenigen, welcher mit Gewalt unzüchtige Handlungen überhaupt an Personen über 14 Jahren vornimmt, nicht nur an Frauen oder Kindern unter 14 Jahren.

Auf demselben Standpunkt wie das deutsche Strafgesetzbuch steht das ungarische, welches nur die widernatürliche Unzucht zwischen Männern mit Strafe bedroht.

Dagegen geht der neueste österreichische Entwurf konsequenter Weise weiter und bestraft auch die Unzucht zwischen Frauen.

Es ist zu bedauern, daß in dem Augenblick, wo die Wissenschaft anfängt, das wahre Wesen des Urningtum und der lesbischen Liebe zu begreifen, und nachgewiesen hat, daß die widernatürliche Unzucht meist Ausfluß eines anomalen Fühlens nicht eines Lasters

ist, ein Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch die Errungenschaften der medizinischen Wissenschaft nicht verwertet und alte Vorurteile aufs neue sanktioniert. Es ist daher zu hoffen, daß der betreffende Paragraph nicht in das Strafgesetzbuch aufgenommen wird.

Auch ein andres neueres Strafgesetzbuch hat jede widernatürliche Unzucht mit Strafe bedroht und zwar scheint es nicht nur die Unzucht zwischen Personen verschiedenen Geschlechts zu ahnden, sondern jede widernatürliche Unzucht, sei es zwischen Mann und Mann, sei es zwischen Frau und Frau, Mann und Frau, Mensch und Tier, Mensch und Leichnam (Art. 303). Wir meinen das Strafgesetzbuch von New-York vom 26. Juli 1881.

Doch ist zu bemerken, daß ein Eindringen in die Geschlechtsteile erfordert wird, damit der Thatbestand der widernatürlichen Unzucht vorliege (Art. 304).

Wie diesem Erfordernis bei der widernatürlichen Unzucht zwischen Männern oder zwischen Frauen genügt werden könne, verstehen wir nicht, jedoch ist wohl der Sinn des betreffenden Paragraphen der, daß bei der Unzucht zwischen Männern eine immissio penis in anum, bei Frauen eine immissio der clitoris in den Geschlechtsteil der andren verlangt wird.

Am strengsten sind die englischen Strafgesetze, sie bestrafen ebenfalls jede widernatürliche Unzucht und bedrohen die Päderastie sogar mit der Todesstrafe.

Nachwort

von Professor v. Krafft-Ebing in Wien.

Vorstehende Abhandlung wurde mir von einem namhaften Juristen zugesendet, der aus Furcht, in den Verdacht der Urningsliebe zu kommen, anonym bleiben will. Ich halte sie der Beachtung seitens juristischer Kreise für wert und kann vom Standpunkt des Arztes und Anthropologen und als Kenner krankhafter psychosexueller Erscheinungen den Schlußfolgerungen und Forderungen des Verfassers nur zustimmen.

Ich habe über 100 sogenannte Urninge, wahre Stiefkinder der Natur, ärztlich genau untersucht und mich überzeugt daß nicht

Perverstität sondern Perversion, nicht Unsittlichkeit sondern eine beklagenswerte Naturanlage sie zu dem macht was sie sind. Die meisten dieser Unglücklichen haben mir den Eindruck hochachtbarer, ihr Geschick tief beklagender Mitmenschen gemacht, denen ich mein tiefstes Mitleid nicht versagen konnte.

Auch ich kann nur in der Aufhebung des § 175 eine Abhilfe gegenüber ungerechter Rechtsprechung, unverschuldeter Infamierung, Vernichtung bürgerlicher Existenz, abscheulicher Erpressung und häufigem Selbstmord, erblicken.

Meine Gründe für Abschaffung des § 175 sind etwa folgende:

1. Die im § 175 vorgesehenen Delikte entspringen in der Regel einer krankhaften seelischen Veranlagung.

2. Nur eine sorgfältige ärztliche Untersuchung vermag die selteneren Fälle bloßer Perverstität von denen krankhafter Perversion zu differenzieren. Mit der Erhebung der Anklage ist das Individuum aber bereits sozial vernichtet.

3. Viele, jedenfalls die Mehrzahl dieser Urninge ist neben der Perversion des Triebes mit abnormer Stärke desselben heimgesucht. In der Bethätigung ihres Geschlechtstriebes stehen diese geradezu unter einem physischen Zwang.

4. Vielen derselben erscheint ihre Geschlechtsbefriedigung nicht als eine unnatürliche, im Gegenteil als eine natürliche und die vom Gesetz zugelassene als eine widernatürliche. Sie entbehren damit aller sittlichen Korrektur, die sie von ihrem sexuellen Delikt abhalten könnte.

5. Beim Mangel einer Definition, was unter widernatürlicher Unzucht zu verstehen sei, ist dem subjektiven Ermessen des Richters ein zu großer Spielraum eingeräumt. Die immer spitzfindiger werdende Auslegung des § 175 beweist die Unsicherheit der Rechtsauffassung. Entscheidend für diese und die Rechtsprechung ist gleichwohl der objektive Thatbestand. (Nach dem subjektiven wird in der Regel gar nicht gefragt.) Wie soll jener festgestellt werden? Das Delikt wird ja doch in der Regel ohne Zeugen begangen.

6. Theoretische strafrechtliche Gründe für die Beibehaltung des § 175 lassen sich nicht gut aufstellen. Abschreckend wirkt er nur selten, bessernd niemals, denn krankhafte Naturerscheinungen werden nicht durch Strafen amoviert, als Sühne für eine strafbare Handlung, die nur unter gewissen und vielfach jählischen Vor-

aussetzungen eine solche ist, kann er zur größten Ungerechtigkeit führen. Man vergesse nicht, daß in verschiedenen Kulturländern dieser Strafrechtsparagraph nicht besteht, daß er in Deutschland nur noch eine Konzession an das öffentliche Sittlichkeitsgefühl darstellt, das aber diesen Delikten gegenüber von falscher Voraussetzung ausgeht und Perversion mit Perversität verwechselt.

7. Während meines Erachtens die öffentliche Sittlichkeit und die Jugend genugsam in Deutschland durch andere Paragraphen des Strafgesetzbuchs geschützt sind, schadet der § 175 entschieden mehr als er nützt, indem er einer der scheußlichsten Niederträchtigkeiten — dem sogenannten Chantage Vorschub leistet.

Allerdings wird auch der denunzierende Chanteur bestraft, aber er hat die große Chance, daß sein Opfer es nicht zum Äußersten — nämlich zur Strafanzeige kommen läßt. Im schlimmsten Fall sitzt ein solcher Wicht ein bißchen Gefängnis ab, ohne in seiner Schandexistenz gefährdet zu sein, während sein Opfer ehrlos, ruiniert ist.
